

**MANFRIED  
RAUCHENSTEINER**

**SIEBEN SOLDATEN**



**UND  
EIN  
TODESFALL**



Schriftenreihe des Forschungsinstitutes für politisch-historische Studien  
der Dr.-Wilfried-Haslauer-Bibliothek, Salzburg

Herausgegeben von Franz Schausberger · Hubert Weinberger · Anita Ziegerhofer

Band 91

Manfried Rauchensteiner

# Sieben Soldaten und ein Todesfall

BÖHLAU

Veröffentlicht mit Unterstützung durch den Zukunftsfonds der Republik Österreich

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek:  
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der  
Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind  
im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

© 2026 Böhlau, Zeltgasse 1, A-1080 Wien, ein Imprint der Brill-Gruppe  
(Koninklijke Brill BV, Leiden, Niederlande; Brill USA Inc., Boston MA, USA; Brill Asia Pte Ltd, Singapore;  
Brill Deutschland GmbH, Paderborn, Deutschland; Brill Österreich GmbH, Wien, Österreich)  
Koninklijke Brill BV umfasst die Imprints Brill, Brill Nijhoff, Brill Hotei, Brill Schöningh, Brill Fink, Brill  
mentis, Vandenhoeck & Ruprecht, Böhlau, V&R unipress und Wageningen Academic.

Alle Rechte vorbehalten. Das Werk und seine Teile sind urheberrechtlich geschützt.  
Jede Verwertung in anderen als den gesetzlich zugelassenen Fällen bedarf der vorherigen  
schriftlichen Einwilligung des Verlages.

Umschlagabbildung: Mag. Stephan Lindner, Wien

Korrektorat: Volker Manz, Kenzingen  
Einbandgestaltung: Michael Haderer, Wien  
Satz: Michael Rauscher, Wien  
Druck und Bindung: General Nyomda, Szeged  
Gedruckt auf chlor- und säurefrei gebleichtem Papier  
Printed in the EU

**Vandenhoeck & Ruprecht Verlage** | [www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com](http://www.vandenhoeck-ruprecht-verlage.com)  
E-Mail: [info@boehlau-verlag.com](mailto:info@boehlau-verlag.com)

ISBN 978-3-205-22437-2 (Print) | ISBN 978-3-205-22438-9 (E-Book)  
ISBN 978-3-205-22439-6 (Elib)

# Inhaltsverzeichnis

DIE FRIEDENSDIVIDENDE . . . . .	7
Stalinplatz 4 . . . . .	7
Die Unabhängigkeitserklärung . . . . .	10
DER VIELSEITIGE : FRANZ LORENZ WINTERER . . . . .	15
Der rechte Mann zur rechten Zeit . . . . .	16
Von der Volkswehr zur Wehrmacht . . . . .	19
Das Heeresamt . . . . .	24
ÖSTERREICH GETEILT DURCH VIER . . . . .	33
DER LEIDENSCHAFTLICHE : FERDINAND JOSEF GRAF . . . . .	41
Am Ziel . . . . .	51
Zwischen den Blöcken . . . . .	60
Jähes Ende . . . . .	71
KONSOLIDIERUNGSVERSUCHE . . . . .	79
DER REFORMER : KARL ERNST SCHLEINZER . . . . .	83
Allen Widerständen zum Trotz . . . . .	93
Der Konflikt . . . . .	99
INTERMEZZO . . . . .	107
DER PARTEISOLDAT : GEORG JOSEF PRADER . . . . .	113
Politischer Aufstieg . . . . .	114
Der dritte Mann . . . . .	116
Der Nervus rerum . . . . .	120
Das »Renz« . . . . .	122
Wie hältst du's mit den Nazis? . . . . .	124
Porzescharte und Tschechenkrise . . . . .	129
Die Wehrmilliarde . . . . .	134
KREISKYS KRIEGER . . . . .	139
DER ZERRISSENE : JOHANN FRANZ FREIHSLER . . . . .	143
Der Vorzugsschüler . . . . .	144

Meister in der Stabsarbeit . . . . .	146
Zweiter von links . . . . .	151
Suizidgefährdet . . . . .	157
Der Kurator . . . . .	163
EIN SILBERSTREIF AM HORIZONT . . . . .	167
DER GESCHÄFTIGE : KARL FERDINAND (FREIHERR VON) LÜTGENDORF . . .	173
Der Traditionalist . . . . .	174
Der Nonkonformist oder »Gott schütze Österreich« . . . . .	178
Dr. Jekyll . . . . .	190
VERFRÜHTE ZUFRIEDENHEIT . . . . .	201
DER LETZTE SEINER ART : OTTO FRANZ RÖSCH . . . . .	205
Ein Mann für jede Jahreszeit . . . . .	206
Die Operation »Sacher« . . . . .	210
Innenminister . . . . .	214
Der Letzte seiner Art . . . . .	217
DOKUMENTENANHANG 1–31 . . . . .	223
ANMERKUNGEN . . . . .	273
BIBLIOGRAFIE . . . . .	293
NACHWORT . . . . .	299
ABKÜRZUNGEN . . . . .	305

## Die Friedensdividende

In einer Welt, die von Krieg und Gewalt beherrscht wird, in der ein Krieg in der Ukraine tobt, der Nahe und der Mittlere Osten von Krieg und Zerstörung beherrscht werden, sich in Afrika alle paar Tage ein Militärputsch ereignet und die Rüstungsgüterindustrie mit der Produktion von Waffen, Munition und jeder Art von kriegstauglichem Gerät nicht nachkommt, ist auch für staatliche Lebensgemeinschaften, die bisher so getan haben, als würde sie das alles bestenfalls so nebenbei angehen, der Moment des Umdenkens gekommen.

Sollte es noch nicht klar sein, von welchem Land und welcher Mentalität die Rede ist, dann sei das vorweg klargestellt: Es geht um Österreich und um jenen Verdrängungsmechanismus, der durchaus funktioniert, indem soziale Verbesserungen nach Momenten des Innehaltens rasch wieder dominieren, sich fast jeder und jede als zumindest ein wenig benachteiligt vorkommen und alle Wahrnehmungen der Welt »da draußen« verdrängt werden.

Diese Feststellung hat durchaus ihre belegbare Fundierung und fand in so tief-sinnigen Arbeiten wie denen von Erwin Ringel ihren Niederschlag. Ringel blickte »tief in die österreichische Seele und schaute in einen Abgrund«,<sup>1</sup> betrieb Suizidforschung, sah vom Einzelnen auf ein Volk – oder versuchte es zumindest –, hatte aber keine Erklärung dafür parat, warum ein ganzer Staat die Tendenz zum Suizid entwickeln sollte. Das Verdrängen war denn auch etwas, das vielleicht noch stärker als die Suizidneigung die österreichische Politik beherrschte und sich immer dann bemerkbar machte, wenn es gegolten hat, Erklärungen für Versäumnisse beizubringen. Der Tenor aller, die schuld waren, und das waren nicht nur »die« Politiker, lautete dann: Wir haben nur die »Friedensdividende« konsumiert.

Diese Feststellung führt uns allerdings weit zurück und sogar noch über die Anfänge der Zweiten Republik hinaus und verbindet das lokale mit dem Weltgeschehen.

### STALINPLATZ 4

Es geschah am 4. Mai 1955. An diesem Tag, es war der dritte Tag der sogenannten Botschafterkonferenz in Wien, in deren Verlauf der österreichische Staatsvertrag finalisiert werden sollte, ging es um die militärischen Bestimmungen. Die Teilnehmer hatten sich auf alle möglichen Fragen vorbereitet, als der sowjetische Hochkommissar und Botschafter in Österreich, Ivan Ivanovič Il'ičev, »zur allgemeinen Überraschung« – wie es dann in der stenografischen Mitschrift der Verhandlungen hieß – den Vorschlag machte, drei Artikel des Vertrags, mit denen das österreichische Heer unter anderem auf 53.000 Mann beschränkt werden sollte, zu streichen.

Auch die Bestimmungen, dass es abgesehen von der Abrichtung im zukünftigen Heer keine militärische Ausbildung und Betätigung geben und die Lagerung von überschüssigen Rüstungsgütern verboten sein sollte, schienen Il'ičev überholt. Amerikaner und Franzosen waren mit den Streichungen einverstanden. Nur die Briten zögerten und ließen sich 24 Stunden Zeit, ehe auch sie zustimmten. Mehr noch: Die Vertreter aller Besatzungsmächte stimmten zu, dass ehemalige Parteimitglieder der NSDAP, Angehörige der SS, SA sowie der geheimen Staatspolizei, sofern sie nach österreichischem Recht als entlastet gegolten haben, in einem aufzustellenden österreichischen Heer dienen durften. Am Verbot der Aufnahme von Personen, die schon vor 1938 deutsche Staatsbürger gewesen waren, und Offizieren, die in der Deutschen Wehrmacht »im Range eines Obersten oder in einem höheren Rang gedient haben«, wurde jedoch festgehalten. Und auch die übrigen militärischen Bestimmungen blieben unverändert, vor allem die rüstungsmäßigen Beschränkungen wie das Verbot von Atomwaffen, Raketen, Unterseebooten, Torpedos und Seeminen.

Von österreichischer Seite gab es keinen Einwand, wie sich die Wortmeldungen der österreichischen Delegation bei der Botschafterkonferenz zu den militärischen Bestimmungen überhaupt in Grenzen hielten.<sup>2</sup> Wichtig war Außenminister Figl, Staatssekretär Kreisky und den anderen Österreichern alles Mögliche. Und letztlich waren sie von der Wortmeldung des sowjetischen Botschafters genauso überrascht gewesen wie Briten, Amerikaner und Franzosen. Dabei war die zahlenmäßige Beschränkung eines zukünftigen österreichischen Heers schon Anfang April 1955 thematisiert worden. Damals hatte der österreichische Verbindungsoffizier zu den amerikanischen Streitkräften in Österreich und ehemalige Oberstleutnant im Generalstab (i.G.) der Deutschen Wehrmacht, Zdenko Paumgarten, bei einer Besprechung im Außenministerium gemeint, dass, wenn es schon zur Neutralisierung Österreichs kommen sollte, zumindest die zahlenmäßigen Beschränkungen für das Heer aufgehoben werden müssten.<sup>3</sup> Ob Paumgarten nur das wiedergab, was ihm seine amerikanischen Kontaktpersonen nahegelegt hatten, oder ob es ihm selbst eingefallen war, muss dahingestellt bleiben. Man sollte jedenfalls darüber mit den Russen reden, unterstrich dann auch der frühere Oberst des Generalstabs des österreichischen Bundesheers und mittlerweile Hofrat Emil Liebitzky, der als Vertreter des Bundeskanzlers bei dieser Besprechung dabei war. Als es aber darauf ankam, hatte kein Mitglied der österreichischen Delegation Einwendungen gegen die zahlenmäßige Beschränkung des Heers geltend gemacht. Ganz im Gegenteil: Bundeskanzler Raab hatte schon bei den April-Verhandlungen in Moskau 1955 zu verstehen gegeben, dass er mit der zahlenmäßigen Beschränkung eines zukünftigen Heers durchaus einverstanden war.<sup>4</sup> Eine tüchtige Gendarmerie wäre ihm letztlich lieber gewesen. Und dabei blieb es – bis sich dann eben Botschafter Il'ičev am 4. Mai zu Wort meldete. Es waren also die Russen, die Österreich die Einführung der allgemeinen Wehrpflicht für Männer ermöglichten – ein Faktum, das sehr bald in Vergessenheit geraten sollte.

Nachdem das mit den Streichungen einmal erledigt war, galt den Teilnehmern der Botschafterkonferenz der Abschnitt »Militärische Bestimmungen« als beschlossen. Es sollte schließlich bis 1991 dauern, ehe auch weitere militärische Bestimmungen, vor allem jene über Spezialwaffen wie »selbstgelenkte Geschosse« (Raketen), U-Boote, bemannte Torpedos, Seeminen u. a., gestrichen wurden. Das mit den atomaren, biologischen und chemischen Kampfstoffen blieb allerdings unangetastet. Anderes hatte sich aufgrund des Alters der Betroffenen ohnedies schon auf biologische Art gelöst, sofern es je ein Problem gewesen war, denn die Möglichkeit, dass auch Wehrmachtsoffiziere ins Heer aufgenommen werden durften, war von den alliierten Besatzungsmächten schon 1947 unbeeinträchtigt geblieben. Letztlich war auf diese Weise auch nur etwas bestätigt worden, das schon seit 1945 gängige Praxis war. Denn bereits im Heeresamt der Provisorischen Regierung Karl Renners waren 1945 die meisten Offiziere in der Deutschen Wehrmacht gewesen. Und als es dann 1952 zur Aufstellung der B-Gendarmerie kam, war der Dienst in der Wehrmacht sogar Anstellungserfordernis. Nur den ranghöchsten Offizieren war der Eintritt ins Bundesheer verwehrt worden und blieb es auch. Da musste dann der trickreiche Ausweg herhalten, dass Generäle als Berater tätig wurden und andere als Oberadministrationsräte und nicht als Offiziere Dienst versahen. Aber es gab noch eine Personengruppe, für die die militärischen Bestimmungen des Staatsvertrags von vornherein nicht gegolten haben, nämlich diejenigen, die ein politisches Amt ausübten. Die konnten in der Wehrmacht gedient haben, Offiziere und auch Parteimitglieder der NSDAP gewesen sein.

Von 1945 bis 1983 standen nacheinander sieben Männer, die in den unterschiedlichsten Rängen und Verwendungen in der Deutschen Wehrmacht gedient hatten, an der Spitze der militärischen Ressorts Österreichs: ein Unterstaatssekretär für Heereswesen und sechs Verteidigungsminister, denen insgesamt drei kriegsgediente Staatssekretäre zur Seite standen. Sie alle waren nicht nur maßgeblich für die Führung ihres Ressorts verantwortlich, sondern hatten ganz konkret dafür Sorge zu tragen, dass das Heer seinen in der Verfassung festgeschriebenen Aufgaben nachkommen konnte. Und da das nicht der Fall war, hatten sie folglich auch dafür einzustehen, dass die Landesverteidigung immer wieder in die Krise schlitterte. Die allgemeine Wehrpflicht war offenbar nicht ausreichend, um ein der Schweiz vergleichbares Heer heranzubilden, Neutralität hin oder her. Dazu gab es jede Menge Wortmeldungen. Immer wieder mussten sich die Minister der Kritik der Fachleute stellen, und das waren vor allem Offiziere, die es mitunter zu zerreißen drohte, wenn sie auf der einen Seite loyal zu sein hatten und auf der anderen Seite wussten, dass das Heer ein ums andere Mal an die Wand zu fahren drohte, eine »Schimäre« war, wie einer von ihnen schrieb.<sup>5</sup>

Daher ist die Geschichte der personellen Besetzung der Ministeriumsspitze gleichzeitig eine Geschichte des Kampfs um die Anerkennung der Bedeutung der Lan-

desverteidigung für den Erhalt des Gesamtstaats und gleichzeitig eine Geschichte der Frustration sowie zu wiederholten Malen eine solche des Scheiterns. So manche Ambition hat sich im Lauf oft nur weniger Wochen und Monate nach der Amtsübernahme abgeschliffen und auf die Frage reduziert: Bist du gewillt, dieses Ressort auch unter materiell schwierigen, ja katastrophalen Bedingungen und auch abseits der besten und womöglich positiven Aufmerksamkeit der Medien zu führen – oder nicht? Damit war letztlich auch schon alles gesagt: Entweder man war Minister oder man war es nicht. Ein Verzicht auf das Amt oder auch der freiwillige Rückzug kamen zwar vor, zählten aber zu den ausgesprochenen Seltenheiten. Außerdem galt und gilt für einen derartigen Verzicht wohl, was vor vielen Jahren der österreichische Botschafter beim Vatikan, Hans Reichmann, zu Papier brachte: Er kenne nur zwei Beispiele für den freiwilligen Verzicht auf die Macht, nämlich den römischen Diktator Sulla und den römisch-deutschen Kaiser Karl V. Österreichische Verteidigungsminister kommen in seiner Aufzählung nicht vor.

#### DIE UNABHÄNGIGKEITSERKLÄRUNG

Es gibt nur wenige Basisdokumente für die zweite österreichische Republik. Alle führen in das Jahr 1943 zurück. Damals wurde von den gegen das Deutsche Reich verbündeten Großmächten die Frage aufgeworfen, wie man Deutschland nachhaltig schwächen könnte. Dabei kam die Rede selbstverständlich auch auf Österreich. Es waren dann britische Diplomaten und Beamte, die einen Text erarbeiteten, der zur Grundlage der weiteren Planungen dienen sollte. In dem schließlich von Amerikanern, Briten und Russen mit wenigen Änderungen verabschiedeten Dokument, das nach dem Ort seiner Beschlussfassung »Moskauer Deklaration« geheißen wurde, hielten die »Großen Drei« fest, dass sie den Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich von 1938 für ungültig ansahen und Österreich nach einem Sieg über das nationalsozialistische Deutschland wiederherstellen wollten. Was in der Deklaration nicht vorkam, waren die Überlegungen, die zu dieser Feststellung und ihren Folgerungen geführt hatten. Dabei waren die russischen Gedankengänge vielleicht am interessantesten. Eine vom ehemaligen Außenkommissar geführte Kommission stellte nämlich fest, dass Österreich nach dem Krieg nicht in die sowjetische Interessensphäre fallen werde, man es aber auch nicht einfach dem »Westen« überlassen solle.

Die Moskauer Deklaration wurde auch in Österreich rasch bekannt. Mehr noch: Das NS-Parteiorgan »Völkischer Beobachter« machte sich lustig über das Zustandekommen und den Inhalt des Papiers. Von dem, was in Moskau gesprochen und nicht veröffentlicht worden war, wusste man in Österreich natürlich nichts und glaubte noch lange Zeit, dass man einen mehr oder weniger beliebigen Spielraum für die Gestaltung der Nachkriegspolitik des Landes haben würde. Das wurde schon bei der

Verabschiedung der Unabhängigkeitserklärung deutlich: Die Sowjets ermöglichten sie, der mit ihrer Billigung ernannte Provisorische Staatskanzler Karl Renner hatte sie verfasst, und die damals von den Russen zugelassenen Parteien, die Sozialisten, die Österreichische Volkspartei und die Kommunisten, verabschiedeten sie am 27. April 1945. Ein Dokument voll Eigenheiten. Der Staatskanzler begnügte sich nämlich nicht damit, ein kurz gefasstes Dokument zu formulieren und das Staatswesen, das er als Erster Zweite Republik nannte, für unabhängig zu erklären. Er holte weit aus und verfasste eine lange Präambel, die ausführlich die Motive darlegte und erklärte, weshalb sich die Republik Österreich zum ersten Mal in ihrer Geschichte für unabhängig erklären wolle. Da hieß es, dass der gewaltsame Anschluss Österreichs an das Deutsche Reich 1938 nicht durch einen Vertrag und einvernehmlich erfolgt sei. Dieser Anschluss sei einem entmachteten Land gegen seinen Willen aufgezwungen worden, um es seiner Mittel zu berauben, und habe dazu geführt, dass ein seiner Schätze beraubtes Staatswesen und seine Menschen in einen Krieg geführt worden seien, den »kein Österreicher gewollt« habe. Renner schrieb von »Entgüterung« und wollte alle Österreicher ihrer Adolf Hitler geleisteten Eide entbunden wissen.

Es war ein einseitiger Akt, und zumindest nachträglich ließ sich feststellen, dass es der Provisorische Staatskanzler und spätere Bundespräsident Karl Renner war, der etwas in die Unabhängigkeitserklärung hineinschrieb, das durchaus als Lebenslüge gelten konnte. Das Original der Urkunde ist verloren gegangen.

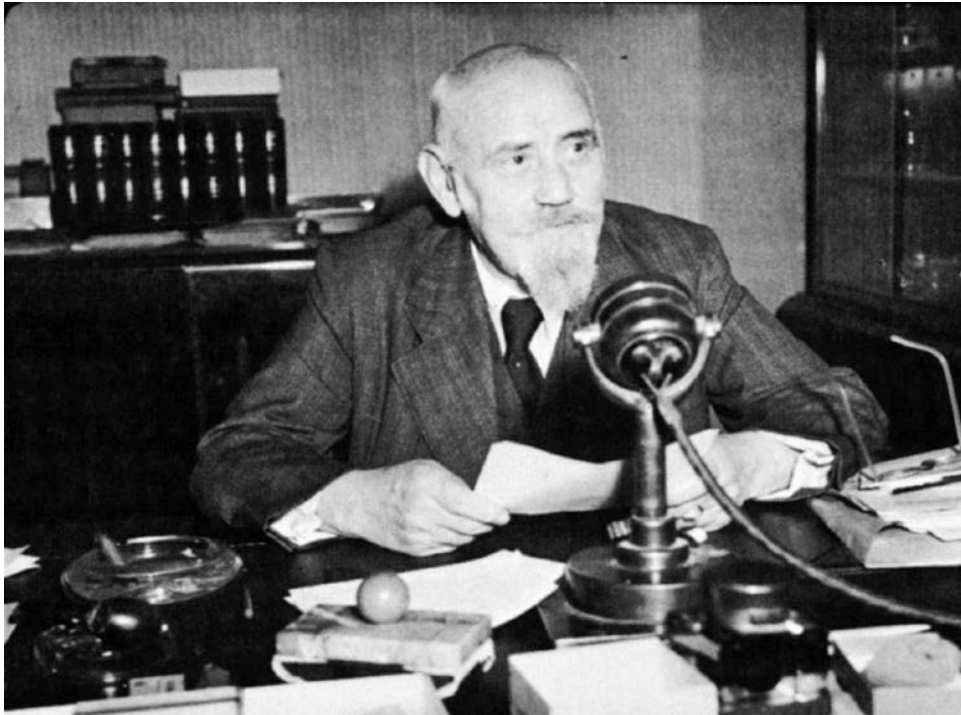
Renner ging bei seinen Überlegungen zu Vergangem und Zukünftigem aber noch um einige Schritte weiter. Er hatte schon Tage vor der Unabhängigkeitserklärung seine Vorstellungen vom Aufbau eines neuen Staatswesens in detaillierten Aufzeichnungen zu Papier gebracht.<sup>6</sup> Darin skizzierte er, wie er sich das neue Staatswesen vorstellte. Ihm schwebte ein Staat der Linken vor. In ihm sollten marktwirtschaftliche Grundsätze genauso wenig eine Rolle spielen wie eine pluralistische Demokratie. Den wichtigsten Platz in seinen Überlegungen zu den künftigen politischen Erfordernissen nahmen seine Gedanken zur sicherheitspolitischen Ausgestaltung des Landes ein. Und die liefen auf einen Polizeistaat hinaus.

»Kriegsopfer ist im Grund genommen jedermann«, notierte er eingangs – mit Ausnahmen, wie sich zeigen sollte. Um den Neuanfang zu schaffen, brauche es »eine starke, zum sofortigen Handeln jederzeit fähige« Regierungsgewalt, hielt Renner weiters fest. Er meinte, dass es weder um eine Restauration gehe noch um Wiedergutmachung, sondern »um die Verwirklichung des Sozialismus«. Ähnliches schrieb er am 15. April 1945 auch an Josef Stalin.<sup>7</sup> Die ungeheuren Lasten, die auf den neuen Staat zukämen, schrieb er, würden »die radikalsten Sozialisierungsmaßnahmen erzwingen«. Die Entschädigung der Arbeiterschaft hätte »allem anderen voranzugehen.« Ebenso wie die Arbeiterschaft sollten die österreichischen Juden ihr geraubtes Gut zurückerhalten, allerdings nicht die einzelnen Geschädigten. Damit sollte erreicht werden, dass die Vertriebenen nicht massenhaft nach Österreich zurück-

drängten. Sie hatten letztlich auch nicht viel zu erwarten. »Für den Judenschaden soll grundsätzlich die Volksgesamtheit nicht haftbar gemacht werden.« – »Alle Faschisten (Heimwehler [sic!], klerikale, nationale Faschisten) [...] sind für zehn Jahre von allen demokratischen Rechten ausgeschlossen.« Um diese Personen zu identifizieren, sollten Zensurkommissionen eingesetzt werden. Es sollte »Diktaturrecht« gelten, »einschließlich Anhaltelager, Todesstrafe etc.« Zu Wahlen sollten nur »eingeschriebene Parteien zugelassen werden. Über deren Zulassung entscheidet die Zensurkommission.«

Seine sicherheitspolitischen Vorstellungen behandelte Renner in einem eigenen Kapitel. Er dachte freilich nicht an Krieg oder auch nur an die Verteidigung eines ohnedies noch fraglichen Hoheitsgebiets, wohl aber an seinen persönlichen Schutz, an innere Unruhen und Bürgerkrieg, die ein quasi-militärisches Einschreiten erfordern könnten. In diesen Fällen würde man eine schlagkräftige Polizei brauchen. »Zur Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung sowie zur ungestörten Durchführung der Regierungsmaßnahmen ist eine völlige Neuordnung dieses Dienstzweiges unerlässlich«, schrieb er.<sup>9</sup> Die Polizeidirektion Wien sollte in ein Ministerium für öffentliche Sicherheit umgewandelt werden. Die Wiener Polizei, Gendarmerie, Ortspolizei und Staatspolizei sollten dem Polizeiminister unterstellt und »nach militärischem Vorbild gestaltet« werden. Für den Fall, dass die permanenten Kräfte nicht ausreichten, würde eine zweite Maßnahme zum Tragen kommen, bei der Leute, die sich schon vorher gemeldet hätten, zur militärischen Dienstleistung eingezogen würden. »Vorbild: Schutzbund«. Schließlich sei noch eine dritte Stufe vorzusehen. Um sie auszulösen, wäre »ein entscheidender Bevölkerungsteil« in Vormerkung zu nehmen, der dann zum Einsatz kommen sollte, »wenn die Reserve nicht ausreicht: Das Aufgebot«. Die Vollmacht zum Einsatz von Reservisten und »Aufgebot« sollte dem Polizeiminister übertragen werden.

Wohlweislich vermied es Renner, von Militär zu schreiben. Ihm ging es darum, einen klaglos funktionierenden Sicherheitsapparat zu schaffen. Letztlich behielt er seine Gedanken zur Sicherheitspolitik aber für sich, denn er musste zur Kenntnis nehmen, dass seine Vorstellungen von einem Staat der Linken zumindest vorläufig bei den Sowjets bestenfalls auf geteilte Zustimmung stießen. Dazu kam, dass Renner wohl nicht daran dachte, den Polizeiapparat den Kommunisten zu überlassen. Da diese aber ihren Eintritt in die Provisorische Staatsregierung davon abhängig machen wollten, dass sie das Staatssekretariat für Inneres bekamen, suchte sich Renner für die von ihm zu leitende Staatskanzlei einen Mann mit einer sozialdemokratischen Gesinnung, der in der Lage sein würde, zumindest einiges von dem umzusetzen, was sich Renner ausgedacht hatte. Dazu sollte er als Unterstaatssekretär für Heerwesen wirksam werden. Renner glaubte, eine geeignete Person im Oberstleutnant der Deutschen Luftwaffe Franz Winterer gefunden zu haben. Der sollte eine als »Heeresamt« bezeichnete Institution im Rahmen der Staatskanzlei Renners führen und



ein Gegengewicht zu kommunistisch dominierten Polizeiaufbauten. Das Amt sollte aber nicht nur der Liquidierung der Wehrmachtseinrichtungen und dem Heimkehrerwesen dienen, sondern den Aufbau eines österreichischen Heers vorbereiten – immer vorausgesetzt, die Alliierten würden mitspielen. Zumindest nachträglich musste man sich fragen, ob Renner wirklich einen Mann gefunden hatte, der seine Gedanken 1 : 1 umsetzen konnte und wollte.



## Der Vielseitige: Franz Lorenz Winterer

\* 11.1.1892, Wien, † 8.11.1971, Wien, röm.-kath., zuletzt konfessionslos; Vater: Franz Winterer (1862–1912), Mutter: Amalie, geb. Eder (1862–1945); verheiratet 1. Ehe mit Luise, geb. Urban (1892–1954), geschieden, 2. Ehe mit Karolina Johanna, geb. Elstner (1925–1984), geschieden, 3. Ehe mit Friederike, geb. Gerber (1910–1973), 4 Töchter. Werdegang: 25.12.1914–10.11.1918 Infanterie-Regiment Nr. 4, 12.11.1918–20.6.1920 Volkswehr (Leutnant), 21.6.1920–14.3.1938 Österr. Bundesheer (Hauptmann), 14.3.1938 – April 1945 Deutsche Wehrmacht (Major, Oberstleutnant); 27.4.1945–19.12.1945 Unterstaatssekretär f. Heerwesen (Generalmajor), 19.12.1945–8.11.1949 Abgeordneter z. Nationalrat. 1945–1968 Präsident ASKÖ, 1946–1966 Präsident Naturfreunde Österreich, 11.12.1946 – 1968 Vizepräsident Österr. Olympisches Komitee.



Abb. 2: Franz Winterer als Generalmajor, Juli/August 1945 (Privat)

»Vom Waldviertler Bauernsohn zum Unterstaatssekretär«, so plakatierte die Sozialistische Partei Österreichs im November 1945 und warb um Stimmen für die ersten Nationalratswahlen nach dem Zweiten Weltkrieg. Der abgebildete Kandidat war Franz Winterer, dessen Foto ihn en face in einer wohl eigens für ihn geschneiderten Uniform zeigt, denn der hagere Mann mit den eingefallenen Wangen trägt einen Uniformrock, der weder einer traditionellen österreichischen noch einer Wehrmachtsuniform ähnelt und auf dessen Kragenspiegel die neu entworfenen Distinktionen eines Generalmajors zu sehen sind.<sup>10</sup> Winterer war der erste Offizier eines noch gar nicht bestehenden Bundesheers, der noch 1945 in einen Generalsrang befördert wurde. Wie das vor sich ging, bezeichnete Anfang Februar 1946 der erste Bundeskanzler der Zweiten Republik, Leopold Figl, als »Fall Winterer«,<sup>11</sup> doch während des Wahlkampfes hatte die Österreichischen Volkspartei (ÖVP) geschwiegen. Auch das mit dem Waldviertler Bauernsohn wurde kritiklos geschluckt, obwohl Winterer weder Waldviertler, sondern Wiener, noch Bauernsohn war. Doch was tat man nicht alles in Unkenntnis dessen, wie die Verhältnisse tatsächlich lagen. Für den damals 53-jährigen wahlwerbenden Unterstaatssekretär war es daher ohne weiteres

möglich, über einzelne Phasen seines bruchlosen Aufstiegs den Mantel des Schweigens zu breiten. Und letztlich verkörperte er nicht nur eine interessante Karriere, sondern stand auch für ein nicht untypisches österreichisches Nachkriegsschicksal. Es war aber wohl Winterer selbst, der recht eifrig an einer biografischen Legende bastelte.

#### DER RECHTE MANN ZUR RECHTEN ZEIT

Wenn man sich fragt, wieso ausgerechnet Franz Winterer der erste Ressortchef für die militärischen Angelegenheiten der Zweiten Republik wurde, gibt es eigentlich keine zwingende Erklärung. Zweifellos bewarben sich im April 1945 aber nur wenige um eine militärische Funktion im neuen Österreich. Winterer tat's.

Der 1892 geborene Franz Winterer stammte aus einer kleinbürgerlichen, soll sein: Arbeiterfamilie. Sein Vater, der tatsächlich aus dem Waldviertel stammte, hatte bei den Wiener Gaswerken eine Anstellung als Laternenwärter gefunden.<sup>12</sup> In Wien kam auch Franz Lorenz zur Welt. Später wurde er als »Arbeiterkind aus Hernals« bezeichnet.<sup>13</sup> Er besuchte Volksschule und Bürgerschule, anschließend zwei Jahre eine private Untermittelschule und schließlich zwei Jahre das Konservatorium. Dem folgten zwei Jahre Meisterschule für Geige bei Felix Pazovsky.<sup>14</sup> Dass er nach seiner Schulzeit ein Jus-Studium begann und dieses nach einem Jahr abbrach oder aber (eine andere Version) absolvierte,<sup>15</sup> wurde zu einem weiteren Baustein seiner Legende. Richtig ist, dass er weder maturierte noch studierte, sondern Geige und Bratsche lernte und wahrscheinlich auch etwas Klavier.<sup>16</sup> Auf dem Gebiet der Musik und vor allem des Geigenspiels lag seine besondere Begabung, während er sonst seine Eltern vielleicht enttäuschte, denn sie hatten sich wohl erhofft, dass er das Gymnasium bis zur Matura besuchen und nachher vielleicht tatsächlich ein Studium beginnen würde. Stattdessen wurde er Musiker. Gelegentlich wurde er auch als »Tonkünstler« bezeichnet. Er spielte als Geiger im Theater an der Wien, im Burgtheater und in der Wiener Volksoper sowie als Bratschist im Niederösterreichischen Tonkünstlerorchester. Im April 1914 wurde er assentiert und zum Landsturm überstellt. In seinen Personalunterlagen wurde festgehalten, dass der Landsturm-Infanterist Franz Winterer 176 cm groß war, blaugraue Augen und runde Pupillen hatte und »angeblich« auf beiden Augen kurzsichtig war.<sup>17</sup> Um dem Militärdienst zu entgehen, reichte das keinesfalls. Später war von seiner Sehschwäche nichts zu merken. Auf einem zwei Jahre nach dem Krieg aufgenommenen Foto kann man ihn als Volkswehrleutnant in einer Kavallerieuniform und mit einem eleganten, aber nicht vorschriftsmäßigen Zwicker sehen. Es zeigte ihn offenbar so, wie er sich auch selbst gerne gesehen hat. Und als er sehr viel später, nach 1945, für seine Kurzbiografie als österreichischer Nationalratsabgeordneter ein Foto zur Verfügung stellen sollte, wählte er das mit

dem Zwicker. Es ist bis heute Teil der offiziellen Seite des Österreichischen Parlaments geblieben.

Vier Monate nach Kriegsbeginn wurde Winterer mobilgemacht und rückte zum Wiener Infanterieregiment Nr. 4 »Hoch- und Deutschmeister« ein. Mit den »Deutschmeistern« kam er an die russische Front und begann im Dezember 1914 seinen Einsatz als Plänkler. Dann wurde er Schwarmführer. Schon der erste Einsatz nach seiner Gewöhnung an das Kriegsgeschehen musste auf ihn wie ein Schock gewirkt haben. Wenn man von seinem bisherigen Leben als Musiker auf sein Wesen schließen kann, dürfte er ein musischer Mensch gewesen sein. Nun aber stand er inmitten eines Infernos von Artillerieeinschlägen, Gewehrfeuer, Schreien, Verwundeten und Toten. Nördlich des mit der Durchbruchschlacht von Tarnów-Gorlice im Mai 1915 von österreichisch-ungarischen und deutschen Armeen geschaffenen Geländegewinns setzten die Russen zu einem Gegenangriff an, der in der Schlacht von Opatów gipfelte. Ein Flankenstoß der Russen traf am 16. Mai das Infanterieregiment Nr. 4, das an Toten, Verwundeten und Gefangenen rund 1200 Mann einbüßte. »Es gab Kompanien, die alle Offiziere und bis zu 200 Mann verloren hatten«, heißt es dazu im Generalstabswerk.<sup>18</sup> Rund die Hälfte des Regiments ging verloren. Winterer blieb unverletzt. Auch im Gefecht um Sokal am Bug kam er zunächst glimpflich davon, erhielt wohl einen Streifschuss am rechten Unterschenkel, konnte aber weiterkämpfen. Doch am 25. Juli wurde er durch Granatsplitter an der linken Hüfte und am Bein verletzt und obendrein verschüttet. Nach seiner Bergung wurde er ins Feldspital nach Lemberg gebracht. Anschließend kam er nach Nyíregyháza in Ungarn und schließlich nach Baden bei Wien, wo er voll ausgeheilt wurde. Bleibende Schäden oder eine längerfristige Behinderung blieben ihm jedenfalls erspart und wurden auch Jahrzehnte später bei der Bemessung seines Ruhegenusses und altersbedingter körperlicher Beeinträchtigung nicht angeführt. Ob ihn die Verleihung der Bronzenen Militärverdienstmedaille über seine Verwundung hinweggetröstet hat, muss Spekulation bleiben. Im Dezember 1915 bekam er zudem die Verwundetenmedaille.

Nach seiner Genesung kehrte Winterer zu seinem Regiment zurück und wurde bis April 1916 als MG-Schütze ausgebildet. Dann begann er wieder den Dienst an der Front, war Distanzmesser und MG-Führer. Die »Deutschmeister« standen im Juni und Juli 1916 mehrfach im Brennpunkt der Brussilow-Offensive, vor allem im Raum Sappanów und dann bei Brody, also wieder auf galizisch-österreichischem Boden. »Es wurde mit Handgranaten und mit Kolben gekämpft«. <sup>19</sup> Die österreichisch-ungarische Front drohte zu zerbrechen. Winterer erlitt einen leichten Bajonettstich an der linken Brustseite, doch es war eine glimpfliche Verletzung, die keine weiteren Folgen hatte. Er machte den Rückzug seines Regiments und den weiteren Krieg im Nordosten mit, blieb unverletzt und gehörte auch nicht zu den rund 100.000 österreichisch-ungarischen Kriegsgefangenen der Brussilow-Offensive. Es dürfte aber wohl auch dem im Juli 1916 zum Titular-Gefreiten beförderten Winterer klar

gewesen sein, dass die Front nur mit deutscher Hilfe stabilisiert werden konnte. Bewunderung für die deutschen Befehlshaber und Truppen und Kritik an der eigenen Führung waren unvermeidlich. Winterer blieb bei seinem Regiment und erlebte schließlich auch den Waffenstillstand an der russischen Front und die beginnenden Friedensverhandlungen im Osten. Im Februar 1917 wurde er definitiv zum Gefreiten und im November desselben Jahres zum Titular-Korporal befördert, hatte also den niedersten Unteroffiziersrang erreicht.

Anfang Mai 1918 kam er mit seinem Regiment an die Italienfront. Zu spät, um noch an der Junioffensive am Piave teilzunehmen. Nach Monaten des Stellungskriegs erlebte Winterer in der letzten Oktoberwoche 1918 den Angriff der Alliierten in der Gegend von Soprapiana in der sogenannten Biancaschlucht.<sup>20</sup> Dann war auch für ihn der Krieg zu Ende.

Nun könnte man schon eine Art Zwischenbilanz über die ersten Stationen von Winterers Leben ziehen. Er hatte wohl nicht das erreicht, was ihm als Halbwüchsigem vorgeschwebt hatte, war als Musiker in die Schützengräben verbannt worden, doch er hatte Glück gehabt. Trotz des wiederholten Einsatzes mit seinem Regiment an Brennpunkten des Kriegs hatte er überlebt und wurde zuletzt auch nicht in den Strudel der Gefangennahme Hunderttausender nach Abschluss des Waffenstillstands in Italien am 3. November 1918 gerissen. Ganz im Gegenteil: Winterer hatte das Glück, mit einem der letzten Züge aus dem rückwärtigen Frontgebiet wegzukommen und Wien zu erreichen. Er war als Landsturmsoldat eingerückt und hatte eine keinesfalls großartige Beförderung erfahren. Bei der Durchrechnung seiner Frontdienstzeiten kam man auf 36 Monate. Er war dreimal verwundet worden, davon einmal etwas schwerer. Für seinen Kriegsdienst wurde er mit zwei Bronzenen Militärverdienstmedaillen ausgezeichnet und erhielt zwei Mal Spangen dazu verliehen. Im Herbst 1917 erhielt er das Karl-Truppenkreuz wie jeder Soldat der k.u.k. Armee, der zumindest sechs Monate an der Front eingesetzt gewesen war. Später, 1929, wurde ihm noch die Tiroler Landesdenkmünze ausgehändigt, wohl aufgrund seiner Teilnahme an den Kämpfen in Italien, und im Juli 1933 erhielt er die österreichische Kriegserinnerungsmedaille. Dass ihm die Silberne Militärverdienstmedaille am Bande des Militärverdienstkreuzes sowie die Silberne Tapferkeitsmedaille 2. Klasse (»Kleine Silberne«) verliehen worden sein soll, findet sich zwar später in seinen Personaldokumenten,<sup>21</sup> doch gibt es dafür letztlich keinen Beleg. Es gehört wie so vieles in seinen Unterlagen zu den Ungereimtheiten, die entweder auf falschen Angaben seinerseits oder auf schlampige Standesführer zurückzuführen waren. Winterer erreichte in seiner vierjährigen Dienstzeit als Angehöriger der k.u.k. Armee im Weltkrieg den Rang eines Korporals, war einmal vier Monate krank gewesen und hatte ein paar Urlaube konsumiert. Unterm Strich aber stand: Er war gerne Soldat.

## VON DER VOLKSWEHR ZUR WEHRMACHT

Statt wieder dort anzuknüpfen, womit er vor seiner Militärdienstzeit seinen Lebensunterhalt bestritten hatte, hängt Winterer sein Musikerdasein an den Nagel und meldete sich Anfang November 1918 zur Volkswehr und damit zum Dienst in der erst im Entstehen begriffenen Republik Deutschösterreich. Bereits am Tag der Ausrufung der Republik versah er seinen Dienst als Angehöriger der Volkswehr.

Er blieb in Wien, machte also nicht den Einsatz der Wiener Volkswehr im Rahmen des Kärntner Abwehrkampfes mit. Wohl aber wurde er Mitglied des Reichssoldatenrats, war sogar dessen letzter Vorsitzender und deklarierte sich damit als »Linker«. Winterer vermied aber ein Zusammengehen mit den Radikalen. Und er sah eine Chance weiterzukommen. Den damals geltenden Beförderungsrichtlinien entsprechend bewarb er sich um eine Offiziersstelle. Dafür waren ein Mindestalter von 24 Jahren, Verlässlichkeit und vor allem das Vertrauen der Mannschaft erforderlich.<sup>22</sup> Das stellte für Winterer keine Hürden dar. Im Sommer 1919 begann für ihn eine vierwöchige Probezeit. Auch die absolvierte er problemlos. Am 1. November 1919 wurde er zum Volkswehrleutnant befördert. Insgesamt schafften das nur 122 Kriegsteilnehmer. Er wurde zur Volkswehr-Maschinengewehr-Abteilung des Kreises B (Wien) versetzt.<sup>23</sup> Eigens festgehalten wurde in seinen Papieren, dass er Vertrauensmann seiner Einheit war. Es ist davon auszugehen, dass ihm in der Ägide des Staatssekretärs für Heerwesen Julius Deutsch, also bis Oktober 1920, seine sozialdemokratische Einstellung zugutekam. Dass er »Mitarbeiter« von Deutsch gewesen sein soll,<sup>24</sup> ist jedoch auszuschließen und gehört abermals zu den Ungereimtheiten in seiner Biografie.

Am 21. Juni 1920 wurde Winterer auf eigenen Wunsch und mit dem Versprechen, bis zu seinem 40. Lebensjahr zu dienen, jedoch ohne Einschränkungen wegen seiner Rolle in der Volkswehr ins Bundesheer übernommen. Mittlerweile hatte sich die Zahl der Volkswehrleutnants ohnedies schon reduziert, und es sollten bald noch viel weniger werden. Denn jetzt begann nicht nur eine Zeit, in der des »Dienstes immer gleich gestellte Uhr« (Schiller, Die Piccolomini) vorherrschend war. Erschwerend kam hinzu, dass die Volkswehrleutnants aufgrund des Wehrgesetzes von 1920 eine Offiziersausbildung nachzuholen hatten. Auch Winterer absolvierte einen vierwöchigen Vorbereitungskurs und dann vom 22. November bis 18. Dezember 1920 den Hauptkurs an der Heeresschule und beendete seine Offiziersausbildung mit sehr gutem Erfolg. Nur seine Reitkünste und seine Pferdekennnisse wurden mit »genügend« benotet. Im Juli 1921 wurde er zum Oberleutnant befördert. Er wurde transferiert, besuchte Kurse über Kurse, wurde Heeresbergführer und fand schließlich im November 1933 seine Einteilung beim III. Zug der Maschinengewehrkompanie des (Wiener) Infanterieregiments Nr. 2.

Familiär tat sich in diesen Jahren auch einiges: 1925 wurde er von seiner (ersten) Frau, die er im Jänner 1918 während eines Fronturlaubs geheiratet hatte, geschieden. Noch im selben Jahr heiratete er wieder, nützte also die von Albert Sever geschaffene Möglichkeit einer Dispensehe. Im Juli 1927 trat er aus der römisch-katholischen Kirche aus. 1927 und 1929 wurde er Vater von Töchtern und machte insofern auf sich aufmerksam, als er einen auch in der Nacht einsetzbaren Kompass, die »Winterer Bussole«, erfand und zum Patent anmeldete. Damals entstand auch seine in einem Leipziger Verlag erschienene erste Veröffentlichung: »Orientierung in der Landschaft: Mit Karte, Kompass und Höhenmesser«.<sup>25</sup> Weitere kleine Veröffentlichungen zu ähnlichen Themen folgten im Selbstverlag. Seine Fähigkeiten auf dem Gebiet der Kartografie ermöglichten es ihm, zeitweilig Lehrer an der Telegrafenschule des Bundesheers zu werden.

An seiner sozialdemokratischen Einstellung hatte sich im Lauf der Jahre nichts geändert, und er scheute sich offenbar auch nicht, im Rahmen des paramilitärischen Verbands der Sozialdemokraten, dem Schutzbund, Fachkurse abzuhalten. Letzteres war eine Art offenes Geheimnis, sollte ihm aber später noch einige Probleme bereiten. Am 22. Juni 1932 wurde Winterer zum Hauptmann befördert. In den darauffolgenden Jahren begannen sich die Fäden zu verwirren. Er leistete drei Mal hintereinander Eide auf die Republik und dann auf den Ständestaat, trat im Jänner 1934 wieder in die römisch-katholische Kirche ein und heulte folglich »mit den Wölfen«. Das tat er auch während des bewaffneten Aufstands des Schutzbunds im Februar 1934, als seine MG-Kompanie mit dem III. Bataillon des Infanterieregiments Nr. 2 am 13. Februar alarmiert und von der Franz-Ferdinand-Kaserne in Wien (später Trostkaserne) zunächst auf den Heldenplatz verlegt wurde, dann aber sechs Panzerzüge zu bemannen hatte, jeden mit 2 schweren und 2 leichten Maschinengewehren bestückt, und entlang der Bahnliesen, vor allem auch gegenüber dem Schlingerhof in Wien-Floridsdorf Kampfaufträge zu erfüllen hatte. Dabei zählte das III. Bataillon mehrere Tote und Verwundete. Ob Winterer tatsächlich auf einem der Panzerzüge eingesetzt wurde und gegen Schutzbündler kämpfte, ist fraglich. Ebenso möglich ist es, dass er bei der Reserve seines Regiments in den Warteräumen des Ostbahnhofes verblieb. In diesem Fall wäre ihm ein Einsatz gegen von ihm ausgebildete Schutzbündler erspart geblieben sein. Andernfalls wäre für ihn eine Art Nestroy'sche Situation entstanden, bei der er sich hätte fragen müssen: »Jetzt bin ich wirklich neugierig, wer stärker ist, ich oder ich.« Da ihm für seinen Einsatz keine sichtbar zu tragende Auszeichnung verliehen wurde, war er wohl auch in diesem Fall nur am Rande beteiligt.

Dann verlief sein Soldatendasein wieder ruhiger. Er wurde Lehrer, vornehmlich für Geländekunde, machte weitere Kurse mit, wurde Kompaniekommandant, zuletzt der 2. Kompanie des Niederösterreichischen Infanterie-Regiments »Kaiser Franz Joseph Nr. 1«. Wie von ihm gefordert, erklärte er im Juni 1936 ehrenwörtlich, keiner geheimen Gesellschaft anzugehören, was sicherlich den Tatsachen entsprach. Dass

er – wie in einer anonymen Anzeige 1935 behauptet – mit dem »sozialistischen Auslandsbüro in Brünn« in Verbindung gestanden wäre, war wohl eine der üblichen Verdächtigungen, zumindest erbrachten Nachforschungen der Generaldirektion für die öffentliche Sicherheit nichts Belastendes.<sup>26</sup> Von einer besonderen Karriere konnte aber bei Winterer nicht die Rede sein. Er wechselte vier Jahre hindurch in kurzen Abständen innerhalb seines Regiments von einer Kompanie zur anderen, bekam aber kein höheres Kommando. Er blieb buchstäblich »picken«. Schließlich zögerte er keinen Augenblick, nach dem Anschluss Österreichs in die Deutsche Wehrmacht zu wechseln, und stand schließlich am 14. März 1938 auf dem Hof der Artilleriekaserne in Wiener Neustadt, um den geforderten persönlichen Eid auf Adolf Hitler zu schwören. Kurz darauf erklärten er ebenso wie seine Frau, arischer Abstammung zu sein. Abermals trat er aus der römisch-katholischen Kirche aus und wurde, nachdem er zunächst als Heeresoffizier übernommen worden war, am 2. Juni 1938 als Ergänzungsoffizier zur Luftwaffe überstellt. Am selben Tag wurde er zum Major befördert<sup>27</sup> und übersiedelte wohl zu Umschulungszwecken für ein halbes Jahr nach Berlin.

Winterer hat weder dem Nationalsozialistischen Soldatenring noch der NSDAP angehört. Doch wie weit er bereit war, sich mit dem »Anschluss« und mit der NS-Ideologie zu identifizieren, ist schwer feststellbar. Im Jänner 1941 unterschrieb der Inspekteur der Flakartillerie, Generalmajor Alfred Haubold, eine ihm vorgelegte Dienstbeurteilung über Winterer, die Folgendes festhielt: »Undurchsichtiger Charakter, persönlich weich... Bei guter geistiger Veranlagung und rascher Auffassungsgabe ist er häufig im Handeln unentschlossen und ohne Zielbewusstsein. Preußisches Wesen und Denken liegt ihm noch fern..... Muss in seinen Äußerungen in politischer Hinsicht noch vorsichtiger und überlegter sein. Es besteht sonst Grund, an der Aufrichtigkeit seiner Versicherungen, positiv zum Nationalsozialismus eingestellt zu sein, zu zweifeln.«<sup>28\*</sup>

Sehr förderlich für das Fortkommen eines Offiziers in der Deutschen Wehrmacht waren diese Zeilen wohl nicht. Dass sich Winterer daraufhin gefordert sah, »preußisches Wesen« anzunehmen, scheint jedoch auszuschließen zu sein. Nichtsdestoweniger wiesen seine späteren Dienstbeurteilungen auf keinen scheinbaren Mangel mehr hin und attestierten ihm nicht nur Diensteifer und ein freundliches Wesen, sondern bemängelten auch nicht mehr sein fehlendes Preußentum. In einer Beurteilung vom Jänner 1944 hieß es: »Mit nationalsozialistischem Gedankengut vertraut«, und ein Jahr darauf bescheinigte ihm die Rüstungsinspektion XVII in Wien, »einwandfreier Nationalsozialist in Wort und Tat« zu sein.<sup>29</sup> Es war aber nicht so sehr seine Einstellung zum Nationalsozialismus, die ihm zeitweilig Schwierigkeiten bereitete, sondern seine Schutzbundvergangenheit. Dem Inspekteur der Flakartillerie ging eine ver-

\* Vgl. dazu den Dokumentenanhang Nr. 1, S. 223.

trauliche Mitteilung zu, wonach Winterers schriftlich gegebene Versicherung, keiner Partei oder geheimen Organisation angehört zu haben, nicht stimmte. Er sei Mitglied der Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (SDAP) gewesen, habe dem Sozialdemokratischen Wehrverband angehört und unter verschiedenen Decknamen Mitglieder des Republikanischen Schutzbundes ausgebildet. Winterer reagierte sofort: Er sei niemals Mitglied der SDAP gewesen, schrieb er, habe wohl 1921/22 dem Militärverband angehört, aber nie Mitgliedsbeiträge gezahlt, und vor allem hätte er nie Angehörigen des Schutzbunds militärische Instruktionen erteilt. Er wäre denn auch nie Teil einer illegalen Bewegung gewesen oder habe sich – wie in der Anzeige behauptet – eines Decknamens bedient. Auch habe er sich »trotz Drohungen, Strafen und Versetzungen« nie bereitgefunden, dem »Wehrbund« der Christlichsozialen beizutreten usw. Letzteres stimmte sicherlich, doch in Sachen Schutzbund schrammte Winterer recht knapp an der Wahrheit vorbei, denn in einer von ihm selbst stammenden, zumindest aber autorisierten Kurzbiografie, die 1945 in der »Wiener Zeitung« veröffentlicht wurde, hieß es dann unumwunden, Winterer sei in der Umbruchzeit nach 1918 Mitglied des Reichssoldatenrates und dessen letzter Vorsitzender gewesen, und »war Reichsausbildungsleiter des Republikanischen Schutzbundes unter dem Pseudonym »Färber««. Da hatte der anonyme Anzeiger 1939 doch ins Schwarze getroffen, aber es sollte keine Folgen haben oder bestenfalls die, dass Winterer auf einen unwichtigen Posten abgeschoben und gerade noch vor Kriegsende zum Oberstleutnant befördert wurde.

Er war im November 1941 als Stellvertretender Gruppenleiter der Luftwaffe zum Rüstungskommando Mödling versetzt worden, zeichnete sich nur einmal aus, und zwar als Räumungsoffizier bei der Räumung von Warschau im Sommer 1944. Danach kehrte er wieder nach Mödling zurück. Es hatte wohl nicht gereicht, um ihm – wie schon anlässlich Hitlers Geburtstag am 20. April 1943 beantragt – das Kriegsverdienstkreuz 2. Klasse mit Schwertern zu verleihen.<sup>30</sup> Mit Jahresbeginn 1945 wurde Winterer Sachbearbeiter für ARLZ-Maßnahmen, hatte sich also um »Auflockerungs-, Räumungs-, Lähmungs- und Zerstörungsmaßnahmen« zu kümmern, im Klartext: um die Verbringung und Vernichtung von Einrichtungen, die nicht den Russen in die Hände fallen sollten. Beim Herannahen der Roten Armee im April 1945 löste sich die Rüstungsinspektion auf und wurde nach Wien an den Sitz des Luftgaukommandos XVII verlegt. Winterer zog seine Uniform aus und suchte eine neue Verwendung.

Natürlich kannte er eine Menge Leute. Eine Bekanntschaft, ja Freundschaft, sollte sich im April 1945 aber als besonders nützlich erweisen: Winterer hatte mit dem ehemaligen Heeresinspektor des Bundesheers und General i.R. Theodor Körner quer durch den Krieg Kontakt gehalten. Sie führten während des Kriegs einen stetigen Briefwechsel, wobei Körner die Anrede »Lieber guter Freund« wählte und mit »Dein alter getreuer Körner« schloss. Sie besuchten sich auch gegenseitig,<sup>31</sup> und auch wenn es Spekulation bleiben muss, doch naheliegend war: Körner empfahl seinen Freund

Franz Winterer dem designierten Kanzler der Provisorischen Staatsregierung, Karl Renner, für den Posten eines Unterstaatssekretärs und Chef des sogenannten Heeresamts und ermöglichte es so dem Oberstleutnant der Deutschen Luftwaffe, seine schon bis dahin bruchlose militärische Karriere fortzusetzen. Entscheidender als sein Vorleben sollte für Winterer letztlich sein, dass er Renner ideologisch nahestand und dessen Gedankengängen einigermmaßen folgen konnte.

#### DAS HEERESAMT

Natürlich gab es auch andere Gründe als die der Gewaltenteilung und hatte es eine gewisse Logik, dass Renner in seine Regierung jemand aufnehmen wollte, der sich um die Demobilisierung der Deutschen Wehrmacht, um Kriegsgefangene und um die Bergung und, sofern möglich, die Lagerung von Waffen und Kriegsmaterial kümmern sollte. Aufgaben gab es in dem von Winterer einzurichtenden Heeresamt der Staatskanzlei viele.

Am 27. April konstituierte sich die Provisorische Regierung, verabschiedete die formell von den drei zugelassenen Parteien sanktionierte Unabhängigkeitserklärung und gab die Mitglieder der Regierung bekannt. Franz Winterer wurde als Unterstaatssekretär für Heerwesen im Rahmen der Staatskanzlei genannt. Allerdings führte er bei dieser Gelegenheit in allen Kundmachungen einen Dokortitel<sup>32</sup> – und keinem fiel's auf. Zwei Tage nach ihrer Konstituierung zog die Provisorische Staatsregierung vom Wiener Rathaus zum Parlament. Winterer ist auf den wenigen Fotos nicht zu sehen, ebenso wenig wie bei dem Foto der ersten Sitzung des Kabinetts im Reichsratssitzungssaal des partiell zerstörten Parlaments. Doch auch er ging an die Arbeit.

Das Kabinett trat drei Mal wöchentlich zusammen. Renner dominierte und moderierte die Sitzungen und konnte auf Erfahrungen zurückgreifen, die er schon unmittelbar nach dem Ersten Weltkrieg gesammelt hatte. Damals hatte es freilich mit der Volkswehr eine tatsächlich existierende Streitmacht gegeben, während es dergleichen 1945 nicht gab. Doch es regierte das Prinzip Hoffnung. Als Erstes sicherte sich Winterer eine Bleibe für sein Heeresamt und fand sie im Offizierskasino auf dem Wiener Schwarzenbergplatz. Dort hatte sich zwar die österreichische Widerstandsbewegung O5 eingenistet, die sich aus der Illegalität in die Nachkriegszeit hinüberzuretten suchte, doch ohne Legitimation durch die Sowjets letztlich keine Chance hatte. Auch die O5 war davon ausgegangen, dass man in Zukunft militärisch aktiv werden müsste, und hatte in dem 74-jährigen Eugen (Ritter von) Luschnisky auch schon einen Offizier im Rang eines Feldmarschalleutnants des Bundesheers namhaft gemacht, der den Heeresaufbau bewerkstelligen sollte. Es war aber die denkbar schlechteste Wahl gewesen, denn Luschnisky war im Februar 1934 Kommandant der 2. Brigade (Wien) und Stadtkommandant von Wien gewesen und hatte maßgeblichen Anteil am Bun-

desheereinsatz zur Niederwerfung des bewaffneten Aufstands des sozialdemokratischen Schutzbunds. Für Winterer war die Räumung des Offizierskasinos daher eine Selbstverständlichkeit. Die O5 wurde delogiert.

Als Nächstes gab Winterer eine Dienstanordnung heraus, in der die Aufgaben des Heeresamts aufgelistet wurden. Darin fanden sich zwar einige der Gedankengänge Renners wieder, doch gleichzeitig machte Winterer klar, dass es nicht um die Neuaufgabe der Volkswehr und linke Ideologie ging, sondern um Kriegsgefangene und Heimkehrer sowie um personelle und materielle Demobilisierung. Am 15. Mai, bei der 7. Sitzung des Kabinettsrats, referierte Winterer schließlich ausführlich über die Aufgaben seines Ressorts.\*

An erster Stelle nannte er die rasche Rückführung der österreichischen Kriegsgefangenen, vorrangig derjenigen, die während der Kämpfe im Großraum Wien im April in sowjetische Kriegsgefangenschaft geraten waren. Geschätzt wurden 40.000 Soldaten, von denen Winterer meinte, sie würden im Wiener Stadion dahinvegetieren. Die Zahl war zwar weit überhöht, blieb aber unwidersprochen. Offenbar hatte keiner der Sitzungsteilnehmer eine Ahnung. Auch die von den westlichen Alliierten gefangen genommenen Österreicher sollten schnellstens repatriert werden, meinte Winterer. Er nannte noch andere Notwendigkeiten. Es sollte eine materielle Demobilisierung durchgeführt werden, und zwar so, dass man dabei gleich die Bedürfnisse eines zukünftigen österreichischen Heers berücksichtigte.<sup>33</sup> Von der Schaffung eines übermächtigen Polizeiministeriums, Schutzbund und Aufgebot war nicht die Rede.

Es war dann der kommunistische Staatssekretär für Inneres, Franz Honner, der Winterers Hoffnungen im Handumdrehen relativierte. Und dank seiner guten Beziehungen zu den Sowjets wusste Honner wohl, wovon er sprach: An eine rasche Entlassung der Kriegsgefangenen sei nicht zu denken, da sich darunter doch eine unbekannte Zahl von Kriegsverbrechern befinde. Arbeitsbataillone könnten wohl bei den Aufräumungsarbeiten helfen, doch auch das brauche noch Zeit usw. Auch Honner wurde widersprochen: Nur das mit den Arbeitsbataillonen, die letztlich Strafbataillone für Nationalsozialisten sein sollten, stieß auf die ungeteilte Zustimmung der übrigen Regierungsmitglieder. Der Vorschlag sollte also weiterverfolgt werden. Winterer setzte noch einmal nach und regte die Aufstellung von Wachbataillonen an, die ein Versickern der Rüstungsgüter verhindern sollten. Was er nicht erwähnte, sondern nur seinen Unterlagen anvertraute, war, dass er auch schon die notwendige Größe eines neuen Bundesheers überlegt hatte und von drei Divisionen, also rund 50.000 Mann ausging.<sup>34</sup>

Was da so scheinbar routinemäßig und hoffnungsvoll geäußert wurde, ging insofern an den Realitäten völlig vorbei, als die Sowjets – wie Honner wohl wusste – nicht im Mindesten daran dachten, Kriegsgefangene zu entlassen und ganz im Gegenteil damit anfangen, Heimkehrer aus den westösterreichischen Gebieten ebenso wie An-

\* Vgl. dazu den Dokumentenanhang Nr. 2, S. 224.

gehörige des Volkssturms an den Demarkationslinien abzufangen und in die Sowjetunion zu verfrachten.<sup>35</sup> Kriegsgefangene sollten den Wiederaufbau der Sowjetunion durchführen und nicht in Österreich Schutt räumen.

Im Übrigen bestand auch in Österreich, konkret bei Renner, kein gesteigertes Bedürfnis an der raschen Rückführung von Kriegsgefangenen aus dem Gewahrsam der Alliierten, und man machte sich auch keine rechten Vorstellungen, wie diese sogar bei den Westalliierten oft kaum mit dem Notwendigsten versorgt wurden. Als den Staatskanzler ein Hilferuf aus Frankreich erreichte, schrieb er kurz und bündig an Winterer: »Gar so eilige haben wir es nicht, die Unsrigen von den Fleischtöpfen des Auslands zu den kalten Suppentöpfen der Heimat zurückzurufen.«<sup>36</sup>

Es ging aber nicht nur um Kriegsgefangene. Auch anderes, wie die Nutzung von aufzulassenden Flugfeldern der Deutschen Luftwaffe für die Landwirtschaft, die Rückgabe des größten Truppenübungsplatzes der Deutschen Wehrmacht im Raum Allentsteig-Döllersheim an die von dort abgesiedelten Bauern oder aber die Möglichkeit, sich aus der Liquidationsmasse der Deutschen Wehrmacht die für den Aufbau eines österreichischen Heers notwendigen Waffen und Gerätschaften zu holen, erwiesen sich als unmöglich. Winterer und letztlich Renner mussten endgültig Abschied von der Idee eines raschen Heeresaufbaus oder auch nur einer nicht-kommunistischen Polizei nehmen.

Gleich nach dem Kabinettsrat überraschte Franz Honner seine Kollegen noch mit der Information, dass aus Jugoslawien kommend noch am selben Tag 171 Angehörige des 2. Österreichischen »Freiheitsbataillons« nach Wien kommen würden. Honner bat um die Ermächtigung, diese Leute für den Sicherheitsdienst zu verwenden und in die Polizei einzugliedern, um sie »eventuell später für den Grundstock eines österreichischen Heeres heranzuziehen«<sup>37</sup>. Der Kabinettsrat stimmte dem zu. Winterer war überumpelt worden. Das mit dem »Grundstock für ein österreichisches Heer« klang sogar regelrecht alarmierend. Umso mehr war es geboten, dem Staatssekretär für Inneres nicht die Tribüne bei der Begrüßung des Österreichischen Bataillons zu überlassen. Als es dann Stunden später so weit war und die Angehörigen des Freiheitsbataillons eintrafen, stellten sich Bürgermeister Körner und Franz Winterer neben Honner auf die Tribüne, und Winterer soll auch, den Aufzeichnungen von Botschafter Josef Schöner zufolge, eine Ansprache gehalten und damit verhindert haben, dass es eine »rein kommunistische Veranstaltung« wurde.<sup>38</sup> Winterer suchte auch sonst maßvoll gegenzusteuern und der von Honner in Windeseile aufgebauten Polizei etwas entgegenzusetzen.

Wien – und zunächst konnte er nichts anderes tun, als sich auf die Stadt zu konzentrieren – war nicht nur von geschätzten zwei sowjetischen Divisionen besetzt, sondern auch innerhalb weniger Tage zum Tummelplatz von Banden geworden, die nicht die Bezeichnung Polizei verdienen. Der polizeiliche Hilfsdienst Honners erreichte die durchaus respektable Stärke von rund 7000 Personen. Dazu kamen sogenannte Alarmformationen in der Größenordnung von 2000 Mann, in Summe also